UID

Nummer 5
13. Februar 2003
www.cdu.de

Mehr Eigenvorsorge, mehr **Flexibilität**

Mit seinen Beschlüssen nach einer zweitägigen Klausur hat der Vorstand der CDU/CSU-Fraktion im Bundestag den Beweis angetreten, dass die Union – anders als die rot-grüne Bundesregierung – fähig ist, grundlegende Reformen in Deutschland voran zubringen.

Zusammengefasst werden die Positionen in einem „Drei-Stufen-Plan" mit kurz-, mittel- und langfristigen Reformvorschlägen. Ein solcher konkreter Drei-Stufen-Plan sei nötig geworden, da Deutschland angesichts von 4,62 Mio. Arbeitslosen und der außenpolitischen Orientierungslosigkeit der Regierung Schröder am Scheideweg stehe, führte Angela Merkel aus. Dieser

Fortsetzung Seite 2

DOKUMENTATION

Drei-Stufenplan für eine nationale Kraftanstrengung

Reformstau im Arbeitrecht auflösen

Beschluss des Vorstands der CDU/CSU-Bundestagsfraktion zur Zukunft der gesetzlichen Krankenversicherung

HEUTE AKTUELL

■ Angela Merkel: Nicht den geschützten Frieden der Zukunft gegen den trügerischen Frieden der Gegenwart eintauschen (Seite 4-5) ■ Angela Merkel: Deutsche Haltung schwächt internationale Bemühungen zur Sicherung des Friedens. Brief an den Bundeskanzler (Seite 4) ■ Bundesgeschäftsführer Willi Hausmann: CDU wird Verfassungsbeschwerde einlegen (Seite 11) ■ Angela Merkel: Antwort auf die Regierungserklärung des Bundeskanzlers zum Thema „Irak" (Seite 12) ■ Bernd Neumann: Große Koalition in Bremen (Seite 13) ■ EAK: Lufthoheit über den Kinderbetten (Seite 14) ■ Friedbert Pflüger: Massenvernichtungswaffen des Irak – eine Dokumentation (Seite 15-17) ■ Erwin Marschewski, Susanne Jaffke: Versöhnungsarbeit der Heimatvertriebenen muss gesichert werden (Seite 17-18) ■ Günter Krings: 110-Notruf der Jugend (Seite 18-19)

FRAKTIONSVORSTANDS-KLAUSUR

Fortsetzung von Seite 1

Plan werde den Rahmen für nächsten parlamentarischen Auseinandersetzungen mit der rot-grünen Regierung bilden. Um die derzeitige Abwärtsspirale zu stoppen, sei eine „nationale Kraftanstrengung" mit einschneidenden Reformen nötig, damit Deutschland wieder zum Durchbruch verholfen werde, sagte die Fraktionsvorsitzende.

■

Verantwortung übernehmen

Weder die Regierung noch die Opposition könnten sich dabei aus der „Verantwortung stehlen", betonte sie. Wenn die Weichen richtig gestellt würden, sei ein zusätzliches Potenzial von ein bis zwei Prozent Wachstum erreichbar, ist sich Angela Merkel sicher. Mit ihren Vorschlägen sei die Union nun in Vorleistung getreten, sagte sie und forderte die Bundesregierung auf, jetzt endlich einmal „irgendetwas Konsistentes" vorzulegen.

■

Sofortprogramm

Mit einem Sofortprogramm zur Sanierung der Krankenkassen strebt die Union an, die Krankenversicherungsbeiträge von heute durchschnittlich 14,4 auf 13 Prozent zu senken. Der Beschluss des Fraktionsvorstandes basiert auf den Prinzipien Eigenverantwortung, Transparenz und Wettbewerb und sieht unter anderem Bonusprogramme für Präventionsleistungen der Versicherten vor. Den Versicherten soll eine „angemessene Selbstbeteiligung" abverlangt werden, wobei geprüft wird, ob zahnmedizinische Leistungen mittelfristig vollständig über eine Privatversicherung abgegolten

IMPRESSUM

UID

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Für den Inhalt verantwortlich: Harald Walter, Klingelhöferstr. 8, 10785 Berlin, Telefon (030) 22070-372, e-mail: uid@cdu.de, Verlag: Union Betriebs GmbH, Egermannstraße 2, 53359 Rheinbach, Tel. (02226) 802-0, Telefax (02226) 802-111/333. Vertrieb: Tel. (02226) 802-123, e-mail: oliver.murmann@ubg-medienzentrum.de. Verlagsleitung: Bernd Profitlich. Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7510183 (BLZ 380 500 00), Postbank Köln Nr. 1937 95-504 (BLZ 370 100 50). Abonnementspreis jährlich 32,00 € Einzelpreis 1,00 €. Abbestellung schriftlich oder per e-mail nur unter Einhaltung einer Frist von 3 Monaten zum Quartalsende. Herstellung: Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.

werden können. Für Einkommensschwache und Kinder soll es Schutzklauseln geben. Den Arbeitgeberanteil will die Union festschreiben, um ein „Signal der Verlässlichkeit" auszusenden.

Detaillierte Vorstellungen

Detaillierte Vorstellungen hat die Union auch bei der Arbeitsmarktreform: Nach den Vorschlägen sollen betriebliche Bündnisse für Arbeit ermöglicht werden. Das heißt, Betriebsräte und Unternehmen sollen Vereinbarungen treffen dürfen, die von den Tarifverträgen abweichen. Dies soll bis zum Ende der Laufzeit des jeweiligen Tarifvertrages möglich sein, ohne dass die Tarifvertragsparteien ein Vetorecht haben. Dabei ist vor allem an die Situation in angeschlagenen Unternehmen gedacht. Hier waren Belegschaften in der Vergangenheit oft bereit, Lohneinbußen hinzunehmen, um Arbeitsplätze zu sichern.

Arbeitnehmer sollen künftig bei Einstellung auf ihren Kündigungsschutz zu Gunsten fest vereinbarter Abfindungsregelungen verzichten können. Das soll die Einstellungschancen vergrößern. Am Status der bereits beschäftigten Arbeitnehmer ändert sich nichts. Die Höhe der Abfindungen soll gesetzlich fixiert werden, erklärte Angela Merkel.

Steuerpaket zurückziehen

Beim Thema Steuern erneuerte die Union die Forderung an die Regierung, das Steuerpaket komplett zurückzuziehen. Angela Merkel bekräftigte, dass die Union das Steuerpaket von Hans Eichel im Bundesrat nicht mittragen und einen eigenen Vorschlag zur Körperschaftsteuer einbringen werde, falls Finanzminister Hans Eichel bis dahin sein Konzept nicht korrigiere. Die Federführung zur Ausarbeitung einer eigenen Körperschaftsteuer-Reform habe Sachsens Ministerpräsident Georg Milbradt, sagte die Fraktionsvorsitzende.

Verantwortungslose Aussenpolitik

Mit Blick auf die angebliche deutsch-französische Blauhelm-Initiative im Irak, die im Nachrichtenmagazin „Spiegel" lanciert wurde, sagte Merkel, es sei „dilettantisch und riskant", Außenpolitik über Zeitungen zu betreiben und nicht über die Diplomatie. Die Haltung der Bundesregierung in der Irak-Frage bezeichnete die Fraktionsvorsitzende als „verantwortungslos". Die fehlende Unterstützung Berlins für eine NATO-Hilfe an die Türkei werde nicht dem Sachverhalt gerecht, dass lediglich ein Partner in der Militärallianz geschützt werden solle. Das Manöver schwäche außerdem die Drohkulisse gegen Irak. Sie hoffe, um der NATO und um des Drohpotenzials willen, dass die Unstimmigkeiten im Bündnis schnell beseitigt würden.

In der Dokumentation finden Sie im Wortlaut:

- Drei-Stufen-Plan für eine nationale Kraftanstrengung
- Reformstau im Arbeitsrecht auflösen
- Beschluss des Vorstands der CDU/CSU-Bundestagsfraktiom zur Zukunft der gesetzlichen Krankenversicherung

ANGELA MERKEL:

Wir dürfen dem **trügerischen** Frieden der Gegenwart nicht trauen

Eine eindeutige Position in der nationalen und internationalen Debatte zur Irak-Krise hat Angela Merkel auf der Münchner Sicherheitskonferenz bezogen.

„Diktatoren verstehen nur die Sprache der Bedrohung." Wenn am Ende alle Versuche der UN fehlschlügen, eine „friedliche Entwaffnung durchzusetzen und als letztes Mittel nur die angedrohten Zwangsmaßnahmen verbleiben sollten, dann befürworten wir um der internationalen Sicherheit und der Autorität der UN-Charta willen auch ein militärisches Vorgehen", machte Angela Merkel deutlich. „Initiativen machen nur Sinn, wenn sie den Druck auf Iraks Präsidenten Saddam Hussein nicht wegnehmen." Deshalb müsste

ANGELA MERKEL:

Deutsche Haltung **schwächt** internationale Bemühungen zur Sicherung des Friedens

Nachfolgenden Brief hat die Vorsitzende der CDU Deutschlands, Angela Merkel, am 6. Februar an Bundeskanzler Gerhard Schröder gesandt:

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler,

als erster Regierungschef eines Mitgliedsstaates des Weltsicherheitsrates und erster europäischer Regierungschef haben Sie sich in einer Wahlkampfrede in Goslar vor gut zwei Wochen darauf festgelegt, eventuell erforderliche militärische Zwangsmaßnahmen gegenüber dem Irak im Weltsicherheitsrat nicht mitzutragen.

Sie haben diese Absicht in einer Pressekonferenz am Montag dieser Woche noch einmal wiederholt. Diese Haltung macht Sorge, weil sie die Glaubwürdigkeit der internationalen Bemühungen um eine Entwaffnung des Irak und eine nachhaltige Sicherung des Friedens schwächt.

Ich möchte Sie deshalb nicht nur bitten, Ihre Haltung in der Sache noch einmal zu überdenken. Ich bitte Sie vielmehr auch dringend, Ihre Auffassung in einer Regierungserklärung vor dem Deutschen Bundestag in der kommenden Woche darzulegen. Es geht nicht an, dass der Deutsche Bundestag in dieser wichtigen Angelegenheit zum Zuschauer gemacht wird. Er muss als Forum der Nation Gelegenheit erhalten, Ihre Auffassung authentisch und unmittelbar zu erfahren und sich damit auseinanderzusetzen.

Mit freundlichen Grüßen

Angela Merkel

sich Deutschland an einer eventuellen militärischen Operation „nach seinem Vermögen beteiligen." Dazu würde der Verbleib der ABC-Spürpanzer in Kuwait und der von der Türkei erbetene Schutz durch Patriot-Luftabwehrraketen und AWACS-Flugzeuge zählen.

Deutsche Staatsraison

Angela Merkel kritisierte die Vorab-Festlegung der rot-grünen Bundesregierung, sich nicht an einer militärischen Operation zu beteiligen und sich unabhängig von weiteren Entwicklungen auf eine Ablehnung jeder Militärintervention im UN-Sicherheitsrat festzulegen. Sie wies darauf hin, dass die deutsche Regierung die UN-Resolution 1441 ausdrücklich begrüßt habe. Die Parteivorsitzende kritisierte erneut scharf, dass die rot-grüne Bundesregierung schon vor dem Auftritt von US-Außenminister Colin Powell vor dem UN-Sicherheitsrat am Mittwoch zuvor eine Unterstützung für einen Militärschlag weiterhin ausgeschlossen hatte. „Es kann nicht sein, dass sich Deutschland einseitig festlegt." Es gehöre zur deutschen „Staatsräson", Sonderwege jeder Art zu vermeiden.

Schlüsselfrage Irak

Angela Merkel rief die Bundesregierung wegen ihres strikten Neins zu einem Irak-Krieg auf, ihre „inneren Schwierigkeiten zu überwinden", um den „äußeren Interessen" nachzukommen. Die Frage, wie die Irak-Frage gelöst werde, sei die Schlüsselfrage für das künftige Verhältnis innerhalb der westlichen Bündnisse. Aus diesem Grund müsse der „politische Eiertanz" der Bundesregierung in den vergangenen Tagen endlich beendet werden. Er habe nicht dazu beigetragen, das Vertrauen in Deutschland zu stärken. Die transatlantische Partnerschaft stehe vor der schwersten Prüfung seit Anfang der 80er Jahre, ist sich Angela Merkel sicher. Deutschland und Europa könnten ihre Sicherheit nicht allein gewährleisten, sondern seien auf die USA angewiesen. Die Europäer seien militärisch Jahrzehnte zurück und hätten nicht einmal den Willen, ihre Schwäche zu beheben. Deshalb sei es für die Europäer entscheidend, dass sich die NATO-Partner auf einander verlassen könnten.

Getrennte Sicherheitszonen

Der Kampf gegen Terror und Massenvernichtungswaffen lasse sich nicht in getrennte Sicherheits-Zonen einteilen. Europa könne die militärische Verantwortung nicht einfach den USA zuschieben. Die Vorsitzende der CDU Deutschlands ließ außer Zweifel, dass für die Union die enge Partnerschaft mit den USA ebenso eine „Grundessenz deutscher Staatsvernunft" sei wie die Europäische Union.

Gegenseitiges Vertrauen

Die CDU-Vorsitzende erinnerte daran, dass die Freiheit Deutschlands ganz wesentlich den USA zu verdanken sei. Gleichwohl sei die deutsch-amerikanische Partnerschaft „vielleicht zu lange allein mit Dankbarkeit begründet" worden. Dankbarkeit sei eine wichtige Kategorie, aber nicht die alleinige. Heute gehe es vielmehr auch um die Definition eigener Interessen. Diese Definition könne aber nur auf der Grundlage gegenseitigen Vertrauens erfolgen.

ANGELA MERKEL:

Keine deutschen Sonderwege

Folgende Rede hielt die Vorsitzende der CDU Deutschlands, Angela Merkel, auf der XXXIX. Münchner Konferenz für Sicherheitspolitik am 8. Februar 2003.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

als diese Konferenz vor einem Jahr zusammentrat, stand sie noch ganz unter dem Eindruck des 11. Septembers. Die USA führten eine weltweite Anti-Terrorallianz an. Damals stand die Bedrohung klar vor unser aller Augen. Einigkeit und Entschlossenheit der internationalen Staatengemeinschaft waren stark und sichtbar.

Wie sieht es heute, ein Jahr später aus? Die Bedrohungslage scheint vielen unklarer geworden zu sein. Die Einigkeit und Entschlossenheit des 11. Septembers ist inzwischen schweren Zweifeln und Spannungen ausgesetzt. Die Irak-Krise erhitzt die Gemüter und spaltet die Geister. Es geht um die Frage, erstens: Kann oder muss die Irak-Krise im Kontext des Kampfes gegen den Terrorismus gesehen werden? Und Zweitens: Kann man von vorneherein bestimmte Mittel der Reaktion ausschließen? Bei der Antwort auf diese Fragen ringt Europa um seine Handlungsfähigkeit. Die transatlantische Partnerschaft steht auf dem schwersten Prüfstand seit der Nachrüstungsdebatte Anfang der 80er Jahre des letzten Jahrhunderts.

Sicherheitspolitische Grundsätze

Ich sage dazu: Es ist nicht der Tag, die Dinge schön zu reden. Man muss der Realität ins Auge schauen, um die Gefahr zu erkennen und zu bannen. Denn bei der Auseinandersetzung über den richtigen Kurs im Irak-Konflikt geht es in Wahrheit um den nukleus unserer bisherigen sicherheitspolitischen Grundsätze. Es geht darum, die richtige Antwort auf zwei fundamentale Änderungen der internationalen Sicherheitslage seit dem Ende des Kalten Krieges zu geben.

Erstens: An die Stelle eines weltumspannenden, aber berechenbaren Konfliktes zweier Supermächte und zweier Gesellschaftsentwürfe sind viele verschiedene, höchst unübersichtliche Krisenherde und eine einzige Supermacht getreten. Europa sucht in dieser Welt seine Rolle.

Zweitens: Fortschreitende Proliferation von Massenvernichtungswaffen und halbstaatlicher Terrorismus haben den Charakter von Vorbeugung und Verteidi-

gung wesentlich verändert. Es handelt sich um den größten qualitativen Wandel seit der Erfindung der Nuklearwaffe vor über einem halben Jahrhundert. Das europäische Denken sucht in dieser Welt neue Maßstäbe für erlaubte Gegenwehr.

Konzepte

Die suchenden Europäer treffen auf eine USA, die offenbar auf die neuen Gefahren besser vorbereitet ist. Europa und insbesondere Deutschland tun sich schwer mit der neuen Situation. Noch treibt uns zwar unser Instinkt und unser Selbstverständnis dazu, gemeinsame Antworten zu finden. Für dauerhaft tragfähige Lösungen müssen wir uns aber zugleich nüchtern Rechenschaft über unsere europäischen Interessen und Fähigkeiten ablegen.

Welche Wege stehen Europa zur Verfügung, um die eigene Sicherheit zu gewährleisten und zugleich der Verantwortung für den internationalen Frieden gerecht zu werden? Welches Konzept kann selbst in so gefährlichen und komplexen Krisenlagen wie dem Irak-Konflikt ehrlich bestehen?

Machen wir einmal das Gedankenexperiment, dass Europa sich ein eigenständiges, umfassendes Sicherheitssystem für alle Bedrohungskonstellationen zulegt. Europa hielte sein Schicksal dann weitgehend selbst in der Hand– im Guten wie im Schlechten.

Konkret heißt das, dass ein funktionsfähiges, umfassendes Sicherheitssystem der Europäer zum einen eine gemeinsame Institution erfordert, die gerade in Krisenzeiten die volle Autorität zur politischen Führung besitzt. Zudem erfordert ein Sicherheitssystem der Europäer eine allseits akzeptierte Definition der Sicherheitsinteressen Europas– im geographischen wie wirtschaftlichen wie militärischen Sinne. Schließlich erfordert es starke einsatzfähige Schutzinstrumente, also die volle Bandbreite von modernen Streitkräften, Aufklärungsmitteln und Diplomatie.

Europäische Sicherheitspolitik

Leider ist unschwer zu erkennen, dass Europa von allen drei Punkten– Institution, Wille und Fähigkeit– Jahrzehnte entfernt ist. Die Entwicklung der letzten Wochen lassen dies selbst den größten Optimisten erkennen. Ich will die Anstrengungen der EU in der ESVP und beim Ringen um stärkere außenpolitische Institutionen gar nicht gering schätzen. Dennoch: Es wird in keiner europäischen Hauptstadt bestritten, dass Europa mehr für die internationale Sicherheit tun muss. Allerdings ist ebenso deutlich geworden, dass die Europäer den Status des global player in Sicherheitsfragen weder theoretisch anstreben noch praktisch in absehbarer Zeit umsetzten können. Schon mit den jetzigen Aufgaben ist Europa stark gefordert.

Wenn aber Europa seine Sicherheit nicht im Alleingang gewährleisten will und kann, dann bleibt als verantwortliche Alternative nur das Eintreten in einen Sicherheitsverbund. Auch das hat weitreichende Konsequenzen. Als erstes muss der Sicherheitspartner sorgfältig ausgewählt werden. In Frage kommt nur derjenige, der am ehesten unsere Interessen und unsere gesellschaftlichen Grundüberzeugungen teilt. Das sind – bei allen Unterschieden – ganz ohne Zweifel die Vereinigten Staaten von Amerika, zusammen mit Kanada. Kein anderer Staat der Welt könnte einen auch nur halbwertigen Ersatz bieten.

Das westliche Europa befindet sich zwar schon seit

1948 in einem Sicherheitsverbund, nämlich der NATO; bis zum Ende des Kalten Krieges handelte es sich de facto jedoch nicht um ein System gegenseitiger Sicherheit. Die Europäer waren vielmehr fast ausschließlich Importeur, die USA dagegen Exporteur von Sicherheit. Und die Deutschen wiederum waren die größten Nutznießer des ganzen Systems.

Vielfach ist beschrieben worden, dass mit der Ausrufung des Bündnisfalles nach dem 11. September zugunsten der USA das erste Mal die bisher lediglich theoretisch angelegte Gegenseitigkeit der NATO zum Leben erweckt worden ist. Das wiederum zwingt auch Deutschland verstärkt, seine Rolle in Europa und der Welt neu zu definieren.

Ich erwähne das, um eine weitere Konsequenz der neuen Zeit nach 1989 und nach dem 11. September deutlich zu machen: Wer sich auf einen Sicherheitsverbund einlässt, der kann die gemeinsame Sicherheit nicht mehr isoliert definieren. Das bedeutet nicht, dass man sich nicht auch auf Zonen der gemeinsamen Verantwortlichkeit und solche der vorrangigen Verantwortlichkeit einer Seite einigt. Die Abwehr der Gefahrenherde des internationalen Terrors, insbesondere in der Kombination mit Massenvernichtungswaffen, lässt sich jedoch weder geographisch noch politisch noch technischpraktisch in getrennte Verantwortungszonen einteilen. Sie sind immanenter Teil der ganzen Sicherheitspartnerschaft.

Ob es uns gefällt oder nicht: Wenn der Partner im Sicherheitsverbund bedroht ist, dann ist das auch unsere Angelegenheit. Die Bedrohung eines Partners, die Bedrohung der USA ist spätestens am 11. September offenbar geworden. Sie ist real, nicht fiktiv. Auch die Bedrohung durch die Massenvernichtungswaffen von Saddam Hussein ist real, nicht fiktiv. Die aus dieser Bedrohung entstehende Gefahr kann uns alle treffen.

Faire Aufgabenteilung

Der transatlantische Sicherheitsverbund kann in dieser Situation nur funktionieren, wenn sich die Partner auf eine kluge und faire Aufgabenteilung verständigen. Klugheit bedeutet: Nicht jeder muss alles können, nein, jeder sollte seine besonderen Fähigkeiten einbringen. Fairness bedeutet, dass nicht die unangenehmen Aufgaben bei einer Seite allein hängen bleiben. Das ist Allgemeingut, aber in diesen Monaten zeigt es sich, dass von der Erkenntnis bis zur Umsetzung noch ein weiter Weg zu gehen ist.

Ich will auf zwei Dinge hinweisen, die mir dabei zentral erscheinen: Erstens macht mir der riesige Rückstand der Europäer bei Aufklärungsmitteln und Informationstechnologie Sorge. Das Pentagon gibt für Forschung und Entwicklung rund vier Mal so viel aus wie alle Europäer zusammen (ca. 40 Mrd. Dollar zu 10 Mrd. Dollar) und der amerikanische FuE-Aufwand ist damit fast doppelt so groß wie der gesamte deutsche Verteidigungsetat (ca. 40 Mrd. Dollar zu 24 Mrd. Dollar). Wir konstatieren einen technologischen Abstand gegenüber den USA von ca. 10 Jahren. Das sind Welten. Die Europäer wissen viel zu wenig, welche Gefahren sich in den Krisenherden der Welt entwickeln. Spätestens seit dem 11. September jedoch ist klar: Vorher-Wissen heißt Leben retten.

Zweitens: Es gibt den bekannten Satz über die zukünftige internationale Arbeitsteilung: „The US will fight, the UN will feed and the EU will fund." Wir Europäer sollten alles tun,

dass es dazu nicht kommt. Weder würde Europa dadurch wesentliche Mitspracherechte reklamieren können, noch würde es die Bereitschaft der Amerikaner stärken, auf die Europäer zu hören. Eine solche Arbeitsteilung griffe das europäische Selbstverständnis tief an. Aber das heißt dann im Umkehrschluss, dass Europa auch bereit sein muss, sich an militärischen Maßnahmen als ultima ratio zu beteiligen. Teilhabe an Entscheidungen erfordert Teilhabe am Risiko.

Eine kluge und faire Aufgabenteilung ist nicht nur das Gebot im transatlantischen, sondern ebenso im innereuropäischen Verhältnis. Vor einem Jahr habe ich ausführlich die schweren Versäumnisse dargestellt, die beim Umgang mit der Bundeswehr gemacht worden sind. Ich will sie nicht im Detail analysieren, denn ich müsste mich leider Punkt für Punkt wiederholen. Kein einziges Manko hat sich verbessert.

Weigerung

Der entscheidende Punkt bleibt ohnehin der gleiche: Die deutsche Bundesregierung weigert sich, aus ihren Unterschriften in Washington (NATO 1999: Defense Capabilities Intitiative), Helsinki (EU/ESVP 1999: European Headline Goal) oder Prag (NATO 2002: Prague Capabilities Commitment) die politischen Konsequenzen zu ziehen. Sie tritt nicht vor die Bürger und wirbt nicht um Zustimmung für mehr Mittel für die äußere Sicherheit. Das einwohnerreichste und wirtschaftlich stärkste Land leistet den geringsten Beitrag. Deutschland ist mittlerweile Schlusslicht in Europa, wenn man von Island und Luxemburg absieht. Es ist keine Konstellation denkbar, in der der europäische und der transatlantische Sicherheitsverbund diese Situation auf Dauer ohne Schaden überstehen kann.

Deutschlands Interessen

Was also sind vor diesem Hintergrund aus meiner Sicht Deutschlands Interessen und Deutschlands Verantwortung – auch ganz konkret mit Blick auf dem aktuellen Irak-Konflikt?

Erstens: Auf dem Gipfel in Prag haben alle NATO-Mitglieder ihre Unterstützung für die UN-Resolution 1441 gegen den Irak erklärt – ohne Vorbehalt oder Begleitbrief oder dergleichen. Die Resolution kündigt Saddam Hussein an, dass er bei weiterem Verstecken seiner Massenvernichtungswaffen als letztes Mittel mit militärischen Zwangsmaßnahmen zu rechnen hat. Nur solange diese Drohung glaubhaft bleibt, besteht Hoffnung auf ein rechtzeitiges Nachgeben Saddam Husseins. Wer nach der Zustimmung zu 1441 erklärt, die Drohung dürfe nicht ernst gemeint sein, der ermutigt den Diktator und macht im Ergebnis nicht den Frieden sicherer, sondern den Krieg wahrscheinlicher. Das ist unverantwortliche Politik und nicht in deutschem Interesse.

Zweitens: Ich begrüße jedes politische Vorhaben, dass die USA auf dem Weg des Multilateralismus hält. Auch die größte Supermacht wird auf Dauer auf verlässliche Partner und ein internationales Regelwerk angewiesen sein.

Wer aber für den multilateralen Weg wirbt, der darf wie Deutschland nicht als erstes für sich selbst den multilateralen Weg ausschließen. Der Vorwurf des Alleinganges trifft den Absender. Wer ohne Konsultation den Kurs verkündet, die Haltung aller anderen Länder und damit auch die der eu-

ropäischen Partner sei letztlich irrelevant, der vergeht sich an der europäischen Einigung. Die europäische Einigung und die Absage an Sonderwege jedweder Art aber ist die raison d'etre des demokratischen Deutschlands nach der Katastrophe des Zweiten Weltkriegs.

„Brief der Acht"

Wer den Brief der Acht kritisiert, der sollte Ursache und Wirkung sorgfältig auseinander halten. Ich sage nachdrücklich für die CDU: Unter unserer Regierungsverantwortung hätte Deutschland den Brief der Acht unterzeichnet. Aber ich füge hinzu: Mit einer Politik in der Tradition Helmut Kohls wäre es erst gar nicht zu dieser Situation gekommen.

Drittens: Wer militärische Zwangsmaßnahmen gegen den Irak auf jeden Fall ausschließt und versucht, den Gang der Dinge in diese Richtung zu lenken, der muss auch bereit sein, die Verantwortung für den Fall zu übernehmen, dass seine Politik der rein politischen Eindämmung fehlschlägt. Für mich ist dabei offensichtlich, dass die radikalen Kritiker des amerikanischen Weges im Irak-Konflikt nicht in der Lage sind, die volle Verantwortung für die möglichen Folgen ihres Tun und Lassens zu übernehmen. Ich sage ganz deutlich: Das kann für mich keine verantwortliche Politik sein.

Für die Union in Deutschland gilt deshalb: Die UNO ist der Ort der Entscheidungen. Wir unterstützen den Weg, den der UN-Sicherheitsrat mit der Resolution 1441 beschlossen hat, ohne jeden Vorbehalt. Wir sehen, dass die Bedrohung, die von Saddam Hussein für den Weltfrieden ausgeht, trotz der Inspektionen zurzeit immer noch nicht beseitigt ist. US-Außenminister Powell hat das am Mittwoch im UN-Sicherheitsrat überzeugend dargelegt. Wir halten es für zwingend, dass die USA und ihre Verbündeten alle Möglichkeiten zu einer friedlichen Entwaffnung Saddam Husseins ausnutzen.

Militärisches Vorgehen

Wenn am Ende aber die friedliche Entwaffnung fehlschlagen und als letztes Mittel nur die angedrohten Zwangsmaßnahmen verbleiben sollten, dann befürworten wir um der internationalen Sicherheit und der Autorität der UN-Charta willen auch ein militärisches Vorgehen. Deutschland sollte sich in diesem Fall nach seinem Vermögen und in europäischer und transatlantischer Abstimmung beteiligen. Das bedeutet, dass auf jeden Fall die ABC- Spürpanzer in Kuwait die dortigen US-Truppen schützen und die Türkei den erbetenen Schutz mit AWACS-Flugzeugen und Patriot-Luftabwehrraketen erhält.

Meine Damen und Herren, wir alle sind uns bewusst, dass jeder Weg in der Irak-Krise große Risiken birgt. Es handelt sich um eine sehr, sehr schwere Abwägungsfrage. Niemand sollte dem anderen Bedenkenlosigkeit unterstellen. Der Frieden ist ein überragendes Gut. Aber man darf auf keinen Fall den geschützten Frieden der Zukunft gegen den trügerischen Frieden des Tages eintauschen. Deshalb wird in den nächsten Jahren vor uns allen die Aufgabe liegen, auf die neuen Bedrohungen unserer Zeit die angemessene Antwort im Rahmen des Völkerrechts zu finden und zu geben.

Lassen Sie mich zum Schluss noch eine persönliche Bemerkung zum deutsch-amerikanischen Verhältnis machen. Für mich ist die enge Partnerschaft und Freundschaft mit den Verei-

nigten Staaten von Amerika ebenso eine Grundessenz deutscher Staatsvernunft, wie es die europäische Integration ist. Die Partei, die ich führe, hat nicht vergessen, dass mein Land Freiheit, Frieden und Einheit ganz wesentlich dem Engagement und dem Vertrauen der USA in das demokratische Deutschland verdankt.

Deutsch-Amerikanische Partnerschaft

Ich sage aber auch, dass die deutsch-amerikanische Partnerschaft zu lange allein mit Dankbarkeit begründet wurde. Dankbarkeit ist eine wichtige Kategorie, aber nicht die alleinige. Heute geht es vielmehr auch um die Definition eigener Interessen. Diese Definition kann für mich nur auf der Grundlage gegenseitigen Vertrauens erfolgen. Darauf hat US-Außenminister Powell in seiner Rede beim World Economic Forum in Davos, das unter dem Titel „Building Trust" stand, zu Recht hingewiesen.

Vertrauen und die Definition eigener Interessen– beides ist mir gerade mit Blick auf die junge Generation wichtig, die die Schrecken des Zweiten Weltkrieges nur noch aus den Geschichtsbüchern kennt. Und beides ist mir gerade auch mit Blick auf die junge Generation in Ostdeutschland wichtig, die die Freundschaft mit den Vereinigten Staaten von Amerika persönlich erst seit gut einem Jahrzehnt erfahren und erleben kann.

Meine Damen und Herren, ich bin überzeugt davon, dass in diesem Geiste die nächsten Schritte für die Lösung des Irak-Konfliktes in gemeinsamer Abstimmung gegangen werden müssen. Und ich bin auch überzeugt davon, dass in diesem Geiste die transatlantische Partnerschaft auch in Zukunft zum Wohle der Menschen gestaltet werden kann. Eine verantwortbare Alternative zu diesem Weg gibt es nicht.

Ich danke Ihnen.

WILLI HAUSMANN:

CDU wird **Verfassungsbeschwerde** einlegen

Zum Beschluss des Bundesverwaltungsgerichts teilte der CDU-Bundesgeschäftsführer am 11. Februar in Berlin mit:

Das Bundesverwaltungsgericht hat entschieden, keine Revision gegen das höchst umstrittene Urteil des Oberverwaltungsgerichts Berlin zuzulassen, das in Folge von Finanztransaktionen des CDU-Landesverbandes Hessen zustande gekommen ist. Das Gericht begründet seine Entscheidung damit, dass eine neue gesetzliche Regelung der Parteienfinanzierung in Kraft getreten ist. Diese Entscheidung ist umso bedauerlicher, als nach dieser neuen Regelung gegen die CDU eine solche Sanktion nicht verhängt werden könnte.

Das Bundesverwaltungsgericht hat keine Entscheidung in der Sache getroffen, sondern nur prozessuale Abläufe formal geprüft. Deshalb wird die CDU nunmehr eine inhaltliche Überprüfung des OVG-Urteils durch eine Verfassungsbeschwerde herbeiführen.

ANGELA MERKEL:

Rot-Grüne Regierung macht Irak-Krieg **wahrscheinlicher**

Mit scharfen Attacken hat Angela Merkel auf die Regierungserklärung des Bundeskanzlers in der Irak-Debatte reagiert.

Die Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat Gerhard Schröder im Bundestag vorgeworfen, „die Opposition dieses Landes als Kriegstreiber zu verleumden." Niemand wolle die letzte Chance auf eine friedliche Lösung aus der Hand geben. Der Bundeskanzler habe dies im Gegenteil mit seinem außenpolitischen Kurs nicht unwahrscheinlicher, sondern wahrscheinlicher gemacht, weil der Druck auf Saddam Hussein vermindert worden sei, sagte Angela Merkel bei der Irak-Debatte im Bundestag.

Wegen seiner Vorfestlegung zu einer Abstimmung im UN-Sicherheitsrat habe der Bundeskanzler nicht mehr die „innere Freiheit", verantwortliche Entscheidungen im Rahmen der internationalen Staatengemeinschaft zu treffen. „Für diese außenpolitische Unzuverlässigkeit werden wir bitter bezahlen müssen." Denn der Kanzler setze durch seinen „Mangel an Autorität" die Europäische Union und die Nato aufs Spiel. „Sie sind auf einem Irrweg und das seit Wochen", kritisierte Angela Merkel. Die Bundesregierung habe sich mit ihrer Vorfestlegung zu einem Irak-Krieg aus der außenpolitischen Tradition der Bundesrepublik verabschiedet. Mit seinem Verhalten habe Gerhard Schröder die Gemeinsamkeit von Konrad Adenauer über Willy Brandt, Helmut Schmidt bis Helmut Kohl „Nie wieder Krieg, nie wieder ein deutscher Sonderweg" aufgegeben. Die rot-grüne Bundesregierung habe mit diesem Verhalten schweren außenpolitischen Schaden angerichtet.

Sackgasse

Mit Blick auf den Streit zwischen Deutschland und den USA kritisierte Angela Merkel die rot-grüne Bundesregierung. „Sie schüren seit dem Bundestagswahlkampf ganz subtil einen bestimmten Antiamerikanismus", sagte die CDU-Vorsitzende an Gerhard Schröder gewandt und verwies auf dessen Wahlkampfrede in Goslar, dass Deutschland nicht für Abenteuer bereit stehe. Weiter sagte sie, die Union werde nicht mitmachen, wenn die Regierung versuche, die deutsch-französische Freundschaft gegen die transatlantische Partnerschaft auszuspielen. Gerhard Schröder habe mit seinem Irak-Kurs Deutschland in eine Sackgasse manövriert. Mit seinen „Teilbündnissen" mit anderen Ländern schwäche der Kanzler die EU, NATO und die Arbeit der UN-Waffeninspekteure.

Merkel bekräftigte die Position der Union, dass als letztes Mittel auch der Einsatz von Gewalt gegen Irak notwendig sein könne. „Wir dürfen militärische Mittel als letztes Mittel nicht ausschließen, weil sich sonst Saddam Hussein keinen Millimeter bewegen wird."

Die Rede im Wortlaut wird in der Dokumentation des UiD Nr.6 abgedruckt.

BERND NEUMANN:

Große Koalition **fortsetzen**

Nur wenige Monate vor der Bürgerschaftswahl am 25. Mai in Bremen sprach sich Bernd Neumann auf dem inzwischen zum traditionellen Großereignis in der Hansestadt gewordenen 15. Neujahrsempfang der Bremer CDU für die Fortsetzung der großen Koalition aus: „Wir stehen uneingeschränkt zu dem erfolgreichen Regierungsbündnis".

Bürgermeister Hartmut Perschau, Peter Müller, Bernd Neumann, Jens Eckhoff

In seiner Begrüßung zu einem der größten Neujahrsempfänge der CDU Deutschlands forderte der Landesvorsitzende der Bremer CDU die Koalitionsparteien dazu auf, trotz des beginnenden Wahlkampfes fair miteinander umzugehen, denn es nütze niemandem, wenn sich der eine Partner auf Kosten des anderen profiliere.

Große Koalition

Für das Land Bremen habe sich die Große Koalition ausgezahlt. Die Sanierung von Finanzen und Arbeitsmarkt sei in den vergangenen Jahren vorangekommen, aber noch nicht beendet. „Wir sind noch lange nicht am Ziel. Deshalb gibt es keine Alternative zu dieser starken Großen Koalition", unterstrich Bernd Neumann. Gleichzeitig warnte er vor einer rot-grünen Koalition. „Die chaotische und vertrauen-zerstörende Regierungspolitik auf Bundesebene sollte allen ein warnendes Beispiel sein." Was einen möglichen anderen Koalitionspartner betrifft, so machte Neumann deutlich, dass er den Liberalen in Bremen und Bremerhaven keine Chancen einräumt: „Die Bremer FDP ist persönlich und inhaltlich ausgezehrt, und es hat sie in den vergangenen Jahren auch niemand vermisst."

Dem saarländischen Ministerpräsident, Peter Müller, der als diesjähriger Hauptredner zum Neujahrsempfang eingeladen war, wurde ein herzlicher Empfang bereitet. Die rund 3000 Gäste verfolgten aufmerksam den klaren Forderungen u.a. nach tief greifenden Reformen der sozialen Sicherungssysteme und dem Appell, dass Deutschland weniger Steuern und nicht mehr Steuern benötigt, um wieder Arbeitsplätze zu schaffen. „Es besteht dringender Handlungsbedarf", forderte Peter Müller eindringlich, und die Gäste stimmten ihm begeistert zu.

http://

Weitere Informationen zur Bremer Bürgerschaftswahl auf: www.cdu-bremen.de

11. Berliner Theologisches Gespräch

„Lufthoheit über den Kinderbetten“

Die empörende Äußerung des SPD-Generalsekretärs Olaf Scholz wurde vom EAK der CDU/CSU zum Anlass genommen, sich der Frage zu widmen: „Wer erzieht unsere Kinder?“ „Wie ist es um die öffentliche und /oder private Kindererziehung im gesamtgesellschaftlichen Kontext bestellt?“

Die parlamentarische Geschäftsführerin der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Ilse Falk, entlarvte das Ziel sozialdemokratischer Familienpolitik, welche also die Lufthoheit über den Kinderbetten erobern wolle. Es werde der Anspruch deutlich, Eltern von eben diesen Kinderbetten abdrängen zu dürfen, um von Staats wegen über das Wohl und Wehe heranwachsender Kinder zu bestimmen.

Die Union, so Falk, stelle sich jedoch der politischen Herausforderung, die Kinderbetreuung unter dem Gesichtspunkt von Vereinbarkeit von Familie und Beruf auszugestalten. Der EAK-Bundesvorsitzende Jochen Borchert machte in seiner Intervention deutlich, ein Königsweg sei noch nicht gefunden, die politische Verantwortung sehe er aber in der Herstellung eines Klimas, in dem sich eine kinder- und familienfreundliche Gesellschaft entwickeln könne, die auch die Vielfalt des Frauenbildes akzeptiere. Erschreckende Umfrageergebnisse in einer viel gelesenen Frauenzeitschrift, nach der 72,2 % der Leserschaft der Bundesrepublik kinderfeindliche Verhältnisse attestieren, beschrieben das Problem sehr eindrücklich.

„PISA fängt auch in der Familie an!“ – damit beschrieb Ilse Falk die Notwendigkeit einer vernünftigen Primärerziehung durch das Elternhaus, welche später den Erziehenden, gleich ob in der Kita oder in der Schule, ihre Aufgabe beträchtlich erleichtern würde. Eltern seien ihren Kindern Vertrauensperson, Freund, aber auch Vorbild und Orientierung. Anders als noch zu Zeiten der antiautoritären Erziehung bestehe heute auch wieder ein selbstverständlicheres Verhältnis von Eltern zur Normsetzung und der Verbindung zwischen Freiheit und Verantwortung zwischen Rechten und Pflichten.

Die Verantwortung für die Entwicklung ihrer Kinder könne den Eltern niemand abnehmen. Gerade die ersten Lebensjahre seien für die emotionale und intellektuelle Entwicklung des Kindes entscheidend. Eltern seien die ersten und damit wichtigsten Bezugspersonen ihrer Kinder.

Einig waren sich die Referentinnen über die unbedingte Notwendigkeit familienunterstützender Einrichtungen. Der steigenden Erwerbsquote von Frauen wird das derzeitige Angebot nicht gerecht. Längst nicht allen Eltern sei der Rückgriff auf private Betreuungsangebote, wie beispielsweise den Großeltern möglich, ohne dass ein ausreichendes Ganztagesangebot existiere. Letztlich hätten Eltern, die über kein familiäres Netzwerk in unmittelbarer räumlicher Nähe verfügen, große Probleme. Gerade Alleinerziehende oder Eltern, die darauf angewiesen sind, gemeinsam zum Lebensunterhalt beizutragen, müssen demnach Hilfsangebote durch das öffentliche Erziehungssystem erhalten. Dabei müssen diese Angebote staatlicher Kinderbetreuung unzweifelhaft noch flexibler werden.

Friedbert Pflüger:

Massenvernichtungswaffen des Irak

Dokumentation des außenpolitischer Sprechers der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und Mitglied des CDU-Bundesvorstandes:

Zwischen den USA und Deutschland gibt es einen erheblichen Unterschied in der Analyse der Bedrohung, die von den Massenvernichtungswaffen des Irak ausgeht. Die Amerikaner treibt die Sorge um, dass sich der 11. September wiederholen könnte, diesmal mit Massenvernichtungswaffen. In Deutschland hat die Bundesregierung bisher vermieden, unsere Öffentlichkeit über die enorme Bedrohung zu informieren, bzw. verharmlost sie die Gefahr, die sich in Zukunft aus der Verbindung von Terror und Massenvernichtungswaffen ergibt. Mit dieser Dokumentation geben wir aus offenen Quellen die vorhandenen Fakten weiter.

Der Irak hat die verbotene Herstellung biologischer und chemischer Waffen fortgesetzt

■ Nach Angaben von UN-Chefinspektor Hans Blix

(Bericht vor dem UN-Sicherheitsrat am 27.1.03) gibt es „nachhaltige Hinweise" darauf, dass der Irak mehr Anthrax (Milzbrand-Erreger) produziert hat als er gegenüber den UN-Inspektoren angegeben hat und dass er „einiges davon" versteckt hat. Zudem habe der Irak 650 kg Nährmittel zur Herstellung von Milzbrand-Bakterien nicht deklariert. „Ich stelle fest, dass die Menge der fraglichen Nährmittel ausreichend wäre, um beispielsweise ca. 5000 Liter konzentriertes Anthrax herzustellen."(Blix) Präsident Bush sprach in seiner Rede zur Lage der Nation (28.1.03) von 25.000 Litern Anthrax. „Diese Dosis reicht aus, um mehrere Millionen Menschen zu töten."

■ Zudem hat Präsident Bush in seiner Rede zur Lage der Nation gesagt: „Die Vereinten Nationen sind zu dem Ergebnis gekommen, dass Saddam Hussein ausreichend Material hat, um mehr als 38.000 Liter Botulinum-Toxin herzustellen. Das reicht aus, um Millionen von Menschen durch Atemversagen zu töten. Er hat über dieses Material keine Rechenschaft abgelegt. Er hat keine Beweise für seine Zerstörung vorgelegt".

■ Bundesgesundheitsministerin Ulla Schmidt hat am 13. November 2002 vor dem Haushaltsausschuss (laut Protokoll) gesagt: „Es sei davon auszugehen, dass Staaten wie Nordkorea oder Irak über (Pocken-)Virenstämme verfügten, weshalb es eine potenzielle Bedrohung gebe. ... Deshalb sei auch die Gefahr nicht auszuschließen, dass sich jemand selbst infizieren könne, um als Selbstmordattentäter zu fungieren." Mit dieser potenziellen Verbindung von Terror und Massenvernichtungsmitteln begründete die Bundesministerin ihre Bitte an den Haushalt-Ausschuss, Gelder für die Anschaffung von Pocken-Impfstoff freizugeben.

■ Der Irak hatte Ende der 1990er Jahre mehrere mobile Biowaffenlabors. Sie

sind dazu bestimmt, bakterielle Kampfstoffe zu produzieren und können von Ort zu Ort bewegt werden, um den Inspektoren zu entgehen. Der Irak hat keinen Beweis für die Zerstörung dieser Einrichtung vorgelegt. (Britischer Regierungsbericht „Iraks Massenvernichtungswaffen" vom September 2002, Bush's Rede zur Lage der Nation, Focus).

■ Blix weist in seinem Bericht darauf hin, dass die UN-Inspektoren „über Informationen verfügen", dass der Irak das Nervengift VX nicht - wie behauptet - vernichtet habe und dass es „Hinweise gibt, dass das Nervengift in Waffen eingebaut wurde". Auch sei unklar, was mit den chemischen Vorstufenprodukten zu VX geschehen sei.

■ Präsident Bush sprach davon, die amerikanischen Geheimdienste seien der Meinung, „dass Saddam Hussein über das Material verfügt, um 500 Tonnen Sarin, Senfgas und VX zu produzieren. In solchen Mengen können diese chemischen Stoffe auch Tausende und Abertausende töten." (Rede zur Lage der Nation)

■ Blix weist darauf hin, dass es in der Deklaration des Irak zu seinen Chemiebomben eine Differenz von 6.500 Bomben mit chemischen Kampfstoffen gibt. Aus einem Dokument der irakischen Luftwaffe ergebe sich, dass 13.000 Bomben mit chemischen Kampfstoffen im Zeitraum 1983 bis 1988 abgeworfen worden seien, wohingegen der Irak verbindlich erklärt habe, in diesem Zeitraum seien 19.500 verbraucht worden. „Die Gesamtmenge der in diesen Bomben enthaltenen chemischen Kampfstoffe beliefe sich auf 1000 Tonnen. Solange gegenteiliges Beweismaterial fehlt, müssen wir davon ausgehen, dass es bis jetzt keinen Nachweis über den Verbleib dieser Mengen gibt."

■ Der Irak verfügt über Pläne zum Einsatz chemischer und biologischer Waffen, einige dieser Waffen sollen innerhalb von 25 Minuten einsatzbereit sein (Britischer Regierungsbericht „Iraks Massenvernichtungswaffen" vom September 2002).

Der Irak hat sich heimlich um Technik und Material für Atomwaffen bemüht

■ Der Irak hat sich heimlich um Technik und Material für eine mögliche Produktion von Atomwaffen bemüht, er könnte innerhalb von 2 Jahren in der Lage sein, Atomwaffen zu bauen, sofern er an spaltbares Material kommt (Britischer Regierungsbericht „Iraks Massenvernichtungswaffen" vom September 2002).

■ Der Irak hat sich um bedeutende Mengen von Uran aus Afrika bemüht, obwohl er nicht über ein Programm zur zivilen Nutzung von Atomkraft verfügt (Britischer Regierungsbericht „Iraks Massenvernichtungswaffen" vom September 2002).

Der Irak hat seine Fähigkeiten bei Raketen und Trägern ausgebaut

■ Der Irak hat die Abwesenheit der Waffeninspektoren zwischen Ende 1998 und Ende 2002 dafür genutzt, illegal die Reichweite seiner Raketen über das von den Vereinten Nationen erlaubte Limit von 150 km zu erweitern. Blix sagt in seinem Bericht: „Beide Raketen (vom Typ Al Samud II und Al Fatah) haben in Tests die erlaubte Reichweite von 150 km überschritten; die Al Samud II erreichte 183 km, die Al Fatah 161 km. Von beiden Raketentypen wurden bereits einige Exemplare an

die irakischen Streitkräfte geliefert, obwohl es (von irakischer Seite) heißt, dass die Entwicklung noch nicht abgeschlossen sei."

- Blix weist weiterhin darauf hin, dass der Irak die Infrastruktur der Raketenherstellung neu aufbaut. Insbesondere hat der Irak eine Reihe von Gussformen neu gebaut, die zuvor unter Aufsicht von UNSCOM zerstört worden waren. „Egal für welche Raketensysteme diese Gussformen gedacht sind, es ließen sich damit Antriebsmotoren für Raketen herstellen, die erheblich größere Reichweiten zurücklegen könnten als die zulässigen 150 km."
- Blix berichtet, dass der Irak in jüngerer Zeit unter Umgehung der UN-Sanktionen illegal Chemikalien für Raketentreibstoffe, Testinstrumente sowie Leit- und Kontrollsysteme und 380 Raketenmotoren importiert hat.
- Blix äußert zudem „erhebliche Zweifel", ob der Irak alle Scud-Raketen abgerüstet hat, wozu er nach dem Ende des Golfkrieges durch UN-Resolutionen verpflichtet wurde.
- Der Irak hat sich illegal bis zu 20 Raketen vom Typ Al-Hussein mit einer Reichweite von 650 Kilometern angeschafft, die chemische oder biologische Waffen befördern können (Britischer Regierungsbericht vom September 2002 „Iraks Massenvernichtungswaffen"). Mit dieser Reichweite können nicht nur die Nachbarstaaten, sondern auch Israel, Ägypten (Kairo) oder Zypern (u.a. die britischen Streitkräfte dort) erreicht werden.
- Der Irak hat einen neuen Prüfstand zur Entwicklung von Raketen entwickelt, die eine Reichweite von ca. 1000 Kilometern haben würden und damit Griechenland, die Türkei, die irakischen Nachbarn im Golf sowie Israel erreichen könnten. Diese Raketen könnten innerhalb von 5 Jahren verfügbar sein (Britischer Regierungsbericht „Iraks Massenvernichtungswaffen" vom September 2002).
- Der Irak hat Düsen-Schulflugzeuge vom Typ L-29 zu unbemannten, ferngelenkten Trägern umgebaut, die zum Einsatz von chemischen und biologischen Waffen genutzt werden können (Britischer Regierungsbericht „Iraks Massenvernichtungswaffen" vom September 2002).

Es ist nicht die Gier nach Öl, die die Amerikaner treibt, Saddam Hussein zu entwaffnen, es ist die Sorge vor einer Wiederholung des 11. September 2001 - diesmal mit Massenvernichtungswaffen. Es geht um Frieden für die Menschen am Golf, aber es geht auch um die Entwaffnung des Irak für die Sicherheit unserer Bürger in Deutschland.

ERWIN MARSCHEWSKI
SUSANNE JAFFKE:

Versöhnungsarbeit der Heimatvertriebenen muss gsichert werden

Zu den im Rahmen der Berichterstattergespräche vorgenommenen Kürzungen durch die rot-grüne Bundesregierung im Haushaltstitel zur „Unterstützung von Maßnahmen der Vertriebenen zur Förderung des friedlichen Miteinanders" erklären der Vorsitzende der Arbeitsgruppe „Vertriebenen und Flüchtlinge" und die zuständige Berichterstatterin im Haushaltsausschuss:

Seit Jahrzehnten leisten die deutschen Heimatver-

triebenen und ihre Organisationen eine vorbildliche grenzüberschreitende Verständigungs- und Versöhnungsarbeit, gemeinsam mit den Menschen in unseren östlichen Nachbarstaaten und in den Staaten Mittel- und Osteuropas. Dadurch konnte ein wichtiger Beitrag geleistet werden, die tiefen Gräben zu überwinden, die in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts durch Krieg, Flucht und Vertreibung und die damit verbundenen bitteren historischen Erfahrungen zwischen den Völkern gerissen wurden.

Durch ihre Arbeit haben sich die heimatvertriebenen Deutschen und ihre Organisationen, hüben wie drüben, große Anerkennung über viele Jahre erworben. Diese wichtige Verständigungs- und Versöhnungsarbeit darf, gerade vor dem Hintergrund der bevorstehenden Osterweiterung der Europäischen Union, nicht in Gefahr geraten.

Diese wichtige Arbeit der Heimatvertriebenen anerkennend hat der Innenausschuss des Deutschen Bundestages im Rahmen der Haushaltsberatungen den dafür vorgesehenen Etatansatz von 2,383 Mio. € im Etatplan des Bundesministeriums des Innern unangetastet gelassen. Nachträglich hat die rot-grüne Bundesregierung nun eine Kürzung dieser Position um über 20 %, um 500.000 €, vorgenommen. Würde dieses Vorhaben der rot-grünen Bundesregierung Wirklichkeit werden, so würde die wichtige grenzüberschreitende Projektarbeit der geförderten Verbände in Gefahr geraten.

Kürzungen

In diesem Zusammenhang ist festzustellen, dass die rot-grüne Bundesregierung bereits im Etatentwurf des Staatsministers für Kultur und Medien (Bundeskanzleramt) eine Kürzung der grenzüberschreitenden Kulturarbeit nach § 96 Bundesvertrieben- und Flüchtlingsgesetz (BVFG) von 1,48 Mio. € im Jahr 2002 auf Null vorgenommen hat. Diese beiden Kürzungen zusammengenommen würden bedeuten, dass die über viele Jahrzehnte segensreiche grenzüberschreitende Arbeit der Heimatvertriebenen quasi zum Erliegen käme.

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion protestiert ganz entschieden gegen dieses Vorgehen und fordert im Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages sowohl für den Etat des Staatsministers für Kultur und Medien, als auch für den Haushalt des Bundesministeriums des Innern jeweils den Haushaltsansatz des Jahres 2002 für die grenzüberschreitende Arbeit der Heimatvertriebenen beizubehalten.

Gerade im Hinblick auf ein zusammenwachsendes, sich erweiterndes Europa müssen diese wichtigen grenzüberschreitenden Projekte gesichert werden.

Günther Krings:

110 – Notruf der Jugend nach **einhundertzehn** Jahren Rot-Grün

Anlässlich von 110 Tagen Rot-Grün erklärt der Vorsitzende der Jungen Gruppe der CDU/CSU-Bundestagsfraktion:

Morgen ist die rot-grüne Bundesregierung 110 Tage im Amt. Anlass für die Junge Gruppe, einen Rettungsruf zu starten. Denn während

dieser Zeit gab es nicht einen Tag, der für die Jugend Deutschlands ein Zeichen des Aufschwungs oder der Perspektive mit sich gebracht hätte. Nicht umsonst hat die Jugend jetzt bei den Landtagswahlen in Hessen und Niedersachsen gezeigt, dass sie der CDU weit mehr Vertrauen für eine gesicherte Zukunft schenkt als der SPD. Minus zwölf Prozent in Niedersachsen und Hessen für die SPD bei den Wählern unter 25 Jahren gegenüber den Landtagswahlen 1998 ist ein beeindruckender Beleg dafür.

Die ersten 110 Tage der Regierung Schröder II könnten nicht stärker im Widerspruch zu dem vollmundigen Versprechen des Koalitionsvertrages stehen, wonach Rot-Grün in einer „breiten Allianz mit Kindern und Jugendlichen" die Zukunftschancen der jungen Generation verbessern und sie zum Mitgestalten gewinnen will.

Das schwindende Vertrauen in die amtierende Bundesregierung kann an zahlreichen Beispielen fest gemacht werden: Rot-Grün lobt im Koalitionsvertrag die „erfolgreichen Programme" zur sozialen und beruflichen Integration von Kindern und Jugendlichen und verspricht, diese fortzusetzen. Angesichts von durchschnittlich fast 500.000 Jugendarbeitslosen im Jahr 2002 kann dies wohl nur als Drohung verstanden werden.

Die Ausbildungsplatzsituation von Jugendlichen hat sich im Jahre 2002 enorm verschlechtert. Im Koalitionsvertrag hat es dazu noch geheißen: „Die Sicherung eines ausreichenden Ausbildungsplatzangebots für alle Jugendlichen hat für uns Vorrang... Wir werden den Ausbildungskonsens im Bündnis für Arbeit mit dem Ziel fortsetzen, dass jedem Jugendlichen ein Ausbildungsplatz zur Verfügung steht." Fakt ist, dass nach Angaben der Bundesanstalt für Arbeit Ende Dezember 2002 8.900 offenen Ausbildungsstellen 29.500 noch nicht vermittelte Bewerber gegenüberstanden.

Und auch bei den Themen Rente und Gesundheit gehen die Änderungen vor allem zu Lasten der jüngeren Generation. Die Anhebung der Rentenbeiträge auf 19,5 Prozent belastet vor allem wenig verdienende Berufseinsteiger. Die Möglichkeit, in die private Krankenversicherung zu wechseln, wurde durch die irreal hohe Anhebung der Pflichtversicherungsgrenze bei der GKV vor allem jungen Leistungsträgern verbaut.

Insgesamt schaffen die immer neuen Steuern und Abgaben, die Regelungen des Steuervergünstigungsabbaugesetzes sowie die zu langsam voranschreitende Entbürokratisierung der Arbeitswelt ein Klima, das jungen Menschen fast unmöglich macht, den Schritt in die Selbstständigkeit zu wagen. Diese Politik verhindert überdies das Entstehen neuer Arbeitsplätze, auf die gerade junge Berufseinsteiger angewiesen sind.

Dort, wo etwas für junge Menschen erreicht wurde, ist dies auf den Druck und die Beharrlichkeit der Union zurückzuführen: So begrüßt die Junge Gruppe die Einführung der 400 Euro Jobs. Denn vor allem junge Menschen, die sich noch in der Ausbildung befinden, werden von ihnen profitieren. Damit haben CDU/CSU eine konkrete Forderung aus ihrem Wahlprogramm aus der Opposition heraus durchsetzen können.

Die Junge Gruppe hat den gesamten rot-grünen Koalitionsvertrag auf seine Jugendfreundlichkeit hin überprüft und die Ergebnisse in dem Kritikpapier: „Eine Koalition gegen die Zukunft" zusammengefasst. Das gesamte Papier ist unter **www.cducsu.de/jungegruppe** einzusehen. UD

Im Spiegel der nationalen Presse

Schröder präsentiert sich auf der Bühne der Weltpolitik als heißblütiger Amateur. Man wünschte sich an der Spitze der Regierung einen kühlen Profi.

Berliner Zeitung

Die Schwäche der Regierung ist die Stärke der Opposition– falls diese die Gelegenheit zu nutzen versteht. An einer Stelle hat Merkel den Kanzler schon in den Schatten gestellt: in der Außenpolitik. Wo gewöhnlicherweise der Primat des Regierungschefs selbstverständlich ist, hat die Oppositionsführern auf der Münchner Sicherheitskonferenz klare Signale in klarer Sprache kundgetan.

FAZ

Tritt Schröder zurück? Er tritt nicht. Ein halbes Jahr nach der gerade noch gewonnenen Bundestagswahl hat der Kanzler den Karren so tief in den Morast gefahren wie kaum ein Regierungschef zuvor. Das Problem Schröders heißt nicht nur Irak-Krieg Es heißt Schröder– was bedeutet: Ausrichtung der Politik auf die eigene Person und ihre Selbst-Darstellung, auf den eigenen Machtwillen.

Handelsblatt

Innenpolitisch steht die Karre vor der Wand, außenpolitisch ist sie festgefahren, vielleicht ist sie sogar ein Risiko für das Land.

Lübecker Nachrichten

Was ist los mit der deutschen Außenpolitik? Es geht um eine glaubwürdige Strategie im Kampf gegen den Terror, um den Irak-Krieg und die Stabilität im Nahen Osten, um unser Verhältnis zu den USA, um die Einheit Europas – und seit gestern muss man hinzufügen: Es geht auch um den Fortbestand der NATO. Und in Berlin verschwindet im Bermudadreieck zwischen Auswärtigem Amt, Kanzleramt und Bundespresseamt der letzte Rest an internationaler Berechenbarkeit, staatspolitischer Weitsicht und diplomatischer Kunst.

Handelsblatt

Schröder scheint von allen guten Geistern verlassen zu sein. Innenpolitisch und in der SPD angeknockt, tapst er erneut wie ein Elefant durch den außenpolitischen Porzellanladen.

Express (Köln)

Wer macht eigentlich die deutsche Außenpolitik? Die handwerkliche Stümperei und der– in erster Linie vom Kanzler zu verantwortende– Opportunismus der rot-grünen Außenpolitik haben in den letzten 72 Stunden einen traurigen Höhepunkt erreicht.

TAZ

Während die Franzosen elegant und geschmeidig agieren, stapft unser Bundeskanzler nur von einem Fettnapf in den anderen.

tz (München)

Das politische Durcheinander der vergangenen Tage zeigt, dass die Bundesregierung kopf- und planlos handelt. In dem ganzen Chaos wird nicht einmal deutlich, welches Ziel sie eigentlich verfolgt. Es ist deutlich geworden, dass Schröder nicht auf der Grundlage eines

Wertekanons agiert, sondern nur seine persönlichen Machtinteressen verfolgt. Kein Bundeskanzler hat diesem Land je so geschadet. Schröder ist für Deutschland nicht mehr tragbar.

Die Welt

Wer jetzt den Druck auf den Diktator verringert, der nimmt dem Frieden die letzte Chance. Wer dann noch die NATO beschädigt, spaltet Amerika von Europa ab. Das erzeugt Unsicherheit in Europa lange nach Saddam. Ist Furcht vor Verantwortung und Risiko in Berlin das wert? Berlin könnte zum Totengräber der NATO werden. Die EU und die UNO dürften als Opfer folgen. Ein sauberer Dank für fast 50 Jahre Sicherheit.

Bild-Zeitung

Im deutsch-amerikanischen Verhältnis knirscht es nicht zum ersten Mal. Momentan aber sind die deutsch-amerikanischen Beziehungen nicht nur in einer ihrer häufigen Schwächephasen. Was wir hier erleben, ist eine qualitative Veränderung, verschuldet durch den außenpolitischen Amoklauf eines überforderten Bundeskanzlers.

FTD

Die Versuche, Deutschland mit allen Mitteln aus der internationalen Isolation zu befreien, haben zunehmend etwas Verzweifeltes, Groteskes. Nach den Berliner Plaudereien toben die Amerikaner erst recht und die Franzosen fragen sich, welcher Teufel sie nur geritten haben mag, sich mit diesen Diplomatie-Tölpeln einzulassen.

Rheinische Post

Im Spiegel der internationalen Presse

Es war Amerika, das Deutschland wiederbelebt und dann vor der aggressiven sowjetischen Kriegsmaschine beschützt hat. Es ist das gute Recht von Chirac und Schröder, Argumente gegen den Krieg vorzubringen. Aber sie haben nicht das Recht, die NATO zu zerstören und Washington ins Gesicht zu spucken.

Daily Mail (London)

Frankreich und Deutschland haben auf die offene Missachtung der UNO-Entwaffnungsanordnung durch den Irak dadurch reagiert, indem sie eine Offensive gestartet haben. Das Ziel ihrer Kampagne ist jedoch nicht Saddam Hussein, sondern die USA– und die zufälligen Opfer scheinen nicht die Machtstrukturen eines skrupellosen Diktators zu sein, sondern die internationalen Institutionen, die die Sicherheit Europas und der Welt garantiert haben. Eine Folge wird die Schwächung von NATO und UNO sein.

The Washington Post

Die NATO ist durch ein deutsch-französisches Veto gespalten, das erstmals seit 50 Jahren eine konkrete amerikanische Anfrage blockiert und das Bündnis damit in eine möglicherweise irreversible Glaubwürdigkeitskrise stürzt. Der Atlantik ist größer geworden. Europa ist gespalten. Die NATO erlebt die schwierigste Zeit seit ihrem Bestehen– eine Abrechnung, die ihren endgültigen Untergang bedeuten könnte.

La Repubblica (Rom)

Papierdekorationselemente „CDU“

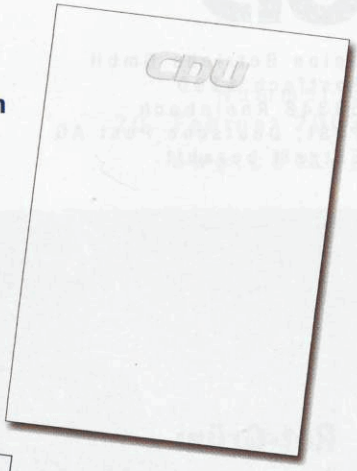
4 verschiedene Dekorationselemente für Events zum Ausschmücken von Innenräumen. Komplettpaket mit Anleitung besteht aus: 2 Doppelgirlanden, 2 Fächern, 4 Fahnenketten (Gesamtlänge 4,5 m) und 6 Tischständern

Bestell-Nummer: **9893**
Preis je **Deko-Paket: 30,00 €**
inkl. MwSt.: 34,80 €

Die Preise in den Klammern sind inkl. 7 % bzw. 16 % MwSt.
Die Versandkosten werden gemäß den Versandbedingungen berechnet.

BESTELLANSCHRIFT

arvato logistics services
Bertelsmann-Versandzentrum
Postfach 1162,33759 Versmold
Telefax 05241-804 18 92
e-mail:
cdu-shop@bertelsmann.de



Mappen für Ehrenurkunden mit CDU-Logo-Prägung

DIN A4

Bestell-Nummer: **0247**
Preis je **25 Stück: 12,30 €**
inkl. MwSt.: 14,27 €

Urkunde „Für besondere Verdienste

DIN A4

Bestell-Nummer: **0449**
Preis je **50 Stück: 6,10 €**
inkl. MwSt.: 7,08 €

Urkunde ohne Jahresangabe

DIN A4

Bestell-Nummer: **0097**
Preis je **50 Stück: 6,10 €**
inkl. MwSt.: 7,08 €

Urkunden

„25 Jahre CDU-Mitglied

Bestell-Nummer: **0396**

„40 Jahre CDU-Mitglied

Bestell-Nummer: **0644**

„50 Jahre CDU-Mitglied

Bestell-Nummer: **0071**

DIN A4
Preis je **50 Stück: 6,10 €**
inkl. MwSt.: 7,08 €

Union Betriebs GmbH
Postfach 1190
53348 Rheinbach
PVSt, Deutsche Post AG
Entgelt bezahlt.

Plakat „Rot-Grün: Immer nur eine Idee“

DIN A1
Bestell-Nummer: **7015**
Preis je **50 Stück: 19,00 €**
inkl. MwSt.: 22,40 €

DIN A0
Bestell-Nummer: **7014**
Preis je **50 Stück: 28,75 €**
inkl. MwSt.: 33,25 €

Straßenatlas „Deutschland kompakt“

mit Durchfahrtsplänen der Ballungszentren

Bestell-Nummer: **9260**
Preis je **10 Stück: 15,00 €**
inkl. MwSt.: 17,40 €